

## Optimismus und Mut nach dem Bundesparteitag in Halle

von Sabine Berninger

Für Mitglieder der Antragskommission beginnt ein Bundesparteitag immer schon einige Wochen vor dem eigentlichen Parteitagswochenende: die Sprecher\*innen der Antragskommission werden von der Bundesgeschäftsstelle bereits einbezogen, wenn der Parteivorstand über den Einberufungsbeschluss sowie Tagesordnung und Zeitplan und die Geschäftsordnung berät. Unsere Aufgabe ist es insbesondere, den Vorstand hinsichtlich der für die Behandlung von Anträgen vorgesehenen Zeit zu beraten. Die erste Beratung der Antragskommission findet (meist online) bereits vor dem Antragsschluss statt und dreht sich dann - neben dem ersten Kennenlernen neuer und „alter“ Kommissionsmitglieder - vor allem um unsere Zuständigkeiten für die verschiedenen Antragsarten, zwei Sprecher\*innen werden gewählt und Termine vereinbart.

Für mich persönlich begann dieser Hallesche Parteitag auf einer zweiten Ebene irgendwo dazwischen: angesichts der Situation unserer Partei und meiner Erfahrungen mit früheren Parteivorständen machte ich mir Gedanken, ob ich im Parteivorstand ‚richtig‘ wäre. Ich habe mit vielen Genoss\*innen darüber gesprochen, nicht zuletzt mit den Thüringer Parteivorsitzenden, und mich für eine Kandidatur für den Bundesvorstand entschieden. Dabei waren (und sind) die Ausstrahlung der Partei auf die Menschen, die wir ansprechen wollen, und die Art und Weise, wie wir sie ansprechen und einladen, wichtig für mich. Und dass wir uns nicht von unseren Grundprinzipien – den Menschenrechten und dem Kampf um Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und ihren Ressourcen – entfernen. Dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit sind und bleiben und verlässliche Partnerin gegen Rassismus und Diskriminierung. Und last but not least, dass Mitglieder des Parteivorstandes sich nicht zurücklehnen und abwarten dürfen, was die Vorsitzenden oder die Mitglieder des geschäftsführenden Parteivorstandes ihnen vorlegen. Sondern dass sie Verantwortung übernehmen, als Schnittstelle zwischen den Landesverbänden (und „der Basis“) und der Bundesgeschäftsstelle fungieren und versuchen müssen, unsere Partei für die Zukunft aufzustellen.

Inhaltlich hatte der Bundesparteitag die nicht nur personelle und strukturelle Vorbereitung auf die Bundestagswahl im Dezember zu bewältigen. Mit dem Leitantrag hatte der Bundesvorstand die dafür notwendige Beschlussvorlage formuliert, die - natürlich (sinngemäß kann man sagen: kein Leitantrag verlässt den Bundesparteitag so, wie er eingebracht wurde) - noch durch viele (etwa 170) Änderungsanträge versucht wurde, zu verändern, Positionen zu schärfen, Aufgaben klarer zu formulieren. Viele der Änderungsanträge wurden durch den Parteivorstand übernommen oder teilübernommen, noch einige wurden vom Plenum diskutiert und abgestimmt. Am Schluss hat die Partei mit dem Beschluss ein Paket geschnürt, das nicht nur inhaltliche Positionen für die bundespolitischen Auseinandersetzungen und die Bundestagswahl festschreibt, sondern unserer Partei auch strukturelle und strategische Aufgaben ins Hausaufgabenheft geschrieben hat, die Die Linke nun angehen und umsetzen muss. Wir geben mit diesem Beschluss ein Versprechen, denen, die uns wählen, jenen, die wir als Wähler\*innen (zurück-)gewinnen wollen und jenen, die von den anderen demokratischen Parteien missachtet, ignoriert, vernachlässigt werden: wir werden den Kampf um die sozialen Grundlagen der Gesellschaft führen, für ein Leben in Würde und Sicherheit für alle, Frieden, bezahlbares Wohnen, eine solidarische Gesundheitsversorgung, für Arbeit, die zum Leben passt.

Schon in der Debatte zu den zum Konflikt in Nahost, zur Reaktion Israels auf das Massaker der terroristischen Hamas am 7. Oktober, zu den unzähligen Getöteten in Israel und Gaza eingereichten sehr unterschiedlichen Anträgen zeigte sich ein anderer Umgang miteinander als noch beim Augsburger Parteitag im vorigen Jahr: der Parteivorstand hatte mit einem Alternativantrag zu diesen

Anträgen den Weg für eine Verständigung der Antragstellenden eröffnet und zu (mehreren) Kompromiss-Debatten eingeladen, an denen sich Vertreter\*innen aller Antragsteller\*innen beteiligten. Entstanden ist eine Beschlusslage, die die Mehrheit der Delegierten mittragen konnten: wir treten ein für einen sofortigen Waffenstillstand in Israel und Palästina, die Freilassung aller Geiseln, die Anerkennung der berechtigten Interessen von Israelis und Palästinenser\*innen, die Garantie des Völkerrechts und der Menschenrechte ohne doppelte Standards, das Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenen Staat für Israel und Palästina und gegen jeden Rassismus und Antisemitismus.

Nicht viele der Redebeiträge auf dem Bundesparteitag habe ich verfolgen können – die Antragskommission hatte viel zu tun hinter den Kulissen. Aber was mich nach diesem Parteitag zuversichtlich macht, sind die vielen neuen Mitglieder, die solidarische und konstruktive Art, wie der geschäftsführende Parteivorstand und die anderen Parteivorstandsmitglieder miteinander umgehen. Dasselbe erlebe ich nun auch im Thüringer Landesvorstand und auch in unserem Kreisverband und unter den verbliebenen aktiven Mitgliedern des gerade zurückgetretenen Kreisvorstands. Für die Bundestags-Neuwahl bin ich deshalb optimistisch. Und für die weitere Neuaufstellung unserer Die Linke, sowohl strukturell als auch inhaltlich bin ich das auch. Zusammen müssen / nur zusammen können wir diese Aufgaben – nicht nur, aber auch den Wahlkampf zur Bundestags-Neuwahl – schaffen. Mein Leitspruch dafür ist, was mir Liedermacher #RodiAkustik in Arnstadt bei einem Protest gegen die rechtsextreme, faschistische AfD aus dem Herzen sang: „Bitte verliere nicht die Hoffnung, denn dann verliere ich sie auch. Bitte verliere nicht den Mut, weil ich mehr als meinen brauch.“